Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Nykestr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate: Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der. Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 77.
36. Jahrgang

Dienstag
12. Februar 1907

Die Zirkusversammlung.

Die große Zirkusvorstellung, die der Bund der Landwirte mit Hilfe von Fahrpreisermäßigungen in jedem jungen Jahre in Berlin veranstaltet, ist wieder einmal vorübergerauscht. Sie hat nicht viel Neues und nichts Weltbewegendes gebracht. Und wenn sich diese Versammlungen noch einige Jahre lang auf dem gleichen Niveau der Phrase bewegen, dann wird der nunmehrige Reichtagsabgeordnete Dr. Diederich Hahn in absehbarer Zeit kaum noch Anlaß zu dem stolzen Selbstbewußtsein haben, mit dem er noch gestern von der Bedeutung dieser Zusammenkünfte sprach.

Einstweilen freilich scheint es so weit noch nicht zu sein. Noch glüht das Feuer der Begeisterung, noch donnern die Hurrarufe lauter denn je. Noch immer kann man den beinahe fanatischen Enthusiasmus bewundern, mit dem die Propheten der agrarischen Weltanschauung vor die Gläubigen treten, noch immer die Kindlichkeit, mit der diese Massen auf jede, selbst die trivialste Phrase hineinfallen.

In diesem Jahre freilich hatte das Programm zwei besonders zugkräftige Schlagworte aufzuweisen: Heimatpolitik das eine, Kolonialpolitik das zweite! Unter Heimatpolitik verstehen unsere Agrarier natürlich die Politik des krassesten, rücksichtslos orthodoxen Schutzzolles. Und daß auch der Popanz nicht fehle, der die Bündler erschreckt und sie noch dichter sich um die Führer drängen läßt, wird das dräuende Gespenst des Handelsvertrages mit Amerika an die Wand gemalt. Dieselben Herren allerdings, die hier die Schwarzseher spielen, stehen den bereits abgeschlossenen Verträgen als die ausgesprochenen Optimisten gegenüber. Die augenblickliche glänzende wirtschaftliche Lage des Vaterlandes ist nach ihnen einzig und allein auf den Bruch mit dem „Caprivismus“, auf den neuen Zolltarif und seine Wirkungen zurückzuführen. Daran ändert auch nichts, daß selbst der neue Landwirtschaftsminister ausdrücklich davor gewarnt hat, die Wirkung der neuen Verträge zu überschätzen. Die Agrarier sind unbelehrbar wie alle Orthodoxen und halten es lieber mit dem preußischen Finanzminister, dem Freiherrn v. Rheinbaben. Und doch hat gerade Herr v. Rheinbaben sich im Landtage widerspruchslos selbst von rechtsliberaler Seite sagen lassen müssen, daß die jetzige Hochkonjunktur keine nationale, sondern eine internationale sei, daß, wenn überhaupt schon jetzt von einer Wirkung der Verträge gesprochen werden kann, man doch noch immer behaupten könnte, die Hochkonjunktur sei nicht infolge, sondern trotz des Zolltarifs vorhanden. Natürlich blieben auch gestern die Klagen über die „niedrigen Getreidepreise“ nicht aus: An demselben Tage, an dem an der Berliner Börse eine wahre Hausse in Getreide eintrat. Seit wenigen Wochen ist, nicht zuletzt dank den Zöllen, der Preis für unser Hauptbrotgetreide, den Roggen, um 15 Mark pro Tonne gestiegen und hat heute die kolossale Höhe von 176 Mark erreicht, während er am 1. Januar 1906 noch 162 Mark, am 1. Januar 1905 140 Mark und am 1. Januar 1904 129 Mark betrug. War es wirklich so unberechtigt, daß man sich auf der Linken gegen diese Art von Heimatpolitik gewehrt hat, noch heute wehrt und sich nach Kräften auch in Zukunft wehren wird?

Das zweite Schaustück, das uns gestern vorgehalten wurde oder wenigstens vorgehalten werden sollte, war, wie schon erwähnt, die Kolonialpolitik. Für sie freilich hat der Bund der Landwirte anscheinend nur insoweit Sympathien übrig, als sie in seinen Kram paßt, als sie ihm insbesondere im Wahlkampf Hilfstruppen gegen die Linke zugeführt hat. Wie wenig tief diese Sympathien gehen, scheint uns vor allem aus der Rede des mit liberaler Hilfe glücklich wieder in den Reichstag gewählten Herrn v. Oldenburg-Januschau hervorzugehen. Herr v. Oldenburg, der auch diesmal wieder die Rolle des Spaßmachers der Vorstellung übernommen hatte, ritt nämlich so ganz nebenbei eine kleine Attacke gegen den stellvertretenden Kolonialdirektor, obwohl Herr Dernburg sich doch bereits einige Verdienste um die Kolonialpolitik und die Kolonialwahlen erworben haben dürfte. Freilich, wenn einer Bankdirektor gewesen und schon deshalb ein wenig des Liberalismus verdächtig ist. . . .

Im übrigen machte sich Herr v. Januschau seine Sache ausnehmend leicht. Er machte ein paar mehr oder minder gute Witze über das „nationale“ Schwein, das Schwein des kleinen Mannes und das Schwein der Sozialdemokratie, womit sein Referat über „Heimatpolitik und Kolonialpolitik“ auch schon beendet war. Die Zirkusversammlung aber wälzte sich vor Lachen, ging auf in Enthusiasmus, raste vor Beifall.

Den Siedepunkt erreichte die allgemeine Begeisterung natürlich bei der jedesmaligen Erwähnung des „brillanten“ Wahlerfolges. Bei einer solchen Gelegenheit ging denn auch mit dem Freiherrn v. Wangenheim, der sich schon früher gelegentlich als der Mann der kleinen Indiskretionen bewährt hat, die Freude durch, und er ließ im Ueberschwang der Empfindungen sich ein Geständnis entschlüpfen, das wertvoll ist und über den Tag hinaus aufbewahrt zu werden verdient. Herr v. Wangenheim erklärte nämlich rund und nett, die Wahlen hätten gezeigt, daß das deutsche Volk nicht einen Zug nach links, nicht eine schärfere Betonung des demokratischen oder „wie man beschönigend sage,“ des parlamentarischen Regimes, sondern im Gegenteil den Zug nach rechts und eine weitere Kräftigung der monarchischen Gewalt wünsche.

Herr v. Wangenheim scheint fest davon überzeugt zu sein, das deutsche Volk und der Liberalismus würden sich eine Verkürzung ihrer Rechte ruhig gefallen lassen. Wie merkwürdig sich das Bild des Liberalismus überhaupt in agrarischen Gehirnen malt, dafür war ein klassischer Zeuge auch der Jenaer Philosophieprofessor und agrarische Agitator, der gestern als zweite lustige Person mit Herrn v. Oldenburg wetteiferte. Der freilich noch sehr jugendliche Professor sieht in den deutschen Liberalen des neunzehnten Jahrhunderts lediglich mumifizierte Mitglieder der Cobden-League von 1838 und prophezeit, daß der Bund der Landwirte, ein neuer Siegfried, den Schwarzalben Liberalismus, den „wahren Hort der Reaktion“, zu Boden werfen werde. Sollten die Herren wirklich unter der Parole: „Für den Absolutismus und wider den Parlamentarismus!“ ein Tänzchen wagen wollen? Wir glauben, sie würden besiegt heimkehren — trotz der 282,000 Mann, die ihren Fahnen folgen, trotz des Jubels, der ihnen Jahr um Jahr im Zirkus Busch entgegenbraust.

• Eine jüngst von uns wiedergegebene Washingtoner Meldung besagte, nicht nur der amerikanische Senat, sondern auch das Repräsentantenhaus werde mit dem **amerikanisch-deutschen Handelsvertrage** befaßt werden; bis zur Erledigung der Sache würden die Härten der amerikanischen Zollpraxis gegenüber dem deutschen Import gemildert werden. Diese Meldung findet eine Bestätigung in folgendem von der New-Yorker „Associated Preß“ verbreiteten Kabel-Telegramm: Der Zensusdirektor North hatte mit dem Staatssekretär Root eine Besprechung über die Verhandlungen der Tarifkommission. Es verlautet, daß die Tariffrage dem nächsten Kongreß im Dezember zur endgültigen Lösung unterbreitet werden solle. Inzwischen werde Präsident Roosevelt durch den Sekretär des Schatzamtes die Zollregulationen für Deutschland milder gestalten lassen. — Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß dem Washingtoner Senat Anfang März eine Vorlage wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland vorgelegt wird. Die Haltung des Senats gegenüber dieser Vorlage wird zweifelsohne für die Beschaffenheit des endgültigen Handelsvertragsentwurfes maßgebend sein, der im Dezember dem Kongreß vorgelegt werden soll.

• **Eine Berliner höfische Affäre,** in die ein amerikanischer selfmademan verwickelt ist, und die in Deutschland mit einem Lächeln abgetan wurde, erregt im freien Vaterlande des Inkulpaten einiges Aergernis. Wie wir seinerzeit meldeten, hatte sich der amerikanische Millionär **Harry Lehr** durch den hiesigen Botschafter der Union am Berliner Hofe einführen lassen, und bei einem Hofball sorgte er für einiges Aufsehen. Er erschien in etwas auffallender Gewandung, und er verlangte, daß seine Gattin vor den Gattinen der Botschafter rangiere. Das wurde, um keinen Eklat hervorzurufen, von den Diplomaten am Ende zugestanden. Die Kunde von diesem anspruchsvollen Verhalten drang indes über den Ozean, und man scheint dort die Sache von der allein richtigen, nämlich von der humoristischen Seite genommen zu haben. Die Amerikaner erwarteten offenbar diplomatische Vorstellungen wegen des Verhaltens Mr. Lehrs. Dazu hat sich die deutsche Diplomatie verständigerweise nicht gedrungen gefühlt. Ein Privat-Kabeltelegramm unseres New-Yorker ✕-Korrespondenten meldet uns:

Staatssekretär **Root** erhielt bisher keine Beschwerden des deutschen Botschafters über die Taktlosigkeiten Harry Lehrs am Berliner Hofe. Die New-Yorker Zeitungen entschuldigen den Vorfall damit, daß die amerikanischen Vertreter in europäischen Residenzen sozusagen gezwungen seien, Landsleute bei Hofe einzuführen, wenn diese daheim eine anerkannte Stellung in der Gesellschaft einnehmen.

Herr Root wird wohl auch weiterhin keine solche Beschwerde erhalten. Die Sache ist wirklich des Aufhebens nicht wert, das um sie in den Vereinigten Staaten gemacht wird.

• Der zurzeit in Berlin weilende bulgarische Minister des Aeußeren **Stancioff** wird auch eine **Audienz bei Kaiser Wilhelm** nachsuchen.

• Auch in **Moskau** haben die Wahlen für die Wahlmänner zweiten Grades einen vollen **Sieg der Kadetten** ergeben. Der „Russ. Korr.“ wird telegraphiert:

Die Moskauer Wahlen brachten den „Kadetten“ einen großen Erfolg. Die „Kadetten“ errangen, mit 160 Wahlmännern, die absolute Majorität. Die Oktobristen erhielten nicht einmal die Hälfte der Stimmen, die auf die Kadetten und den Block der Linken gefallen waren.

Zu Dumamitgliedern für Moskau sind, wie von anderer Seite ergänzend berichtet wird, Fürst Paul Dolgorukow, Professor Kisewetter, Advokat Maklacow und Arbeiter Matwejew in Aussicht genommen. Im ganzen werden die Kadetten voraussichtlich in ansehnlicher Schar in die Duma ziehen. Unser Petersburger ✕-Korrespondent telegraphiert uns:

Aus 13 von 21 Gouvernements liegen bis jetzt zuverlässige Privatnachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß sichere Chancen vorhanden sind, 105 oppositionelle Deputierte durchzubringen. Diese Gouvernements sind Jekaterinoslaw, Kasan, Livland, Moskau, Nishny-Nowgorod, Perm, Nowgorod, Samara, Simbirsk, Taurien, Twer, Charkow und Chersson, in allen diesen verfügen die Kadetten und die Linke über die absolute Mehrheit. Hierzu kommen die Gouvernements Woronesch, Kaluga, Kiew, Pensa und Rjäsan, in denen die Opposition weitere 45 Plätze gewinnen wird, falls die Parteilosen nicht zu der Rechten übergehen. Auf diese Weise scheinen der Opposition 150 Plätze in der künftigen Duma bereits gesichert.

Einer Depesche aus Kasan zufolge wurden bei den gestern dort stattgefundenen Dumawahlen 80 Wahlmänner zweiten Grades gewählt; von diesen gehören 45 den Oktobristen und 35 den verschiedenen oppositionellen Parteien an.

* * *

Petersburg, 11. Februar. (Russ. Korr.) Bekanntlich war während der Wahlen die Zeitung „Now“ unterdrückt worden, an deren Spitze Fürst Dolgorukow, Muromtzew, Kokoschkin und Rechtsanwalt Shdanow stehen. Von morgen ab darf der „Now“ aufs Neue erscheinen.

Petersburg, 11. Februar. (W. T. B.) Zwei Frauen namens Terentiew und Klimow, die der Teilnahme an dem Mordanschlag gegen Ministerpräsident Stolypin in dessen Villa am 25. August v. J. angeklagt waren, sind zum Tode verurteilt, von dem Gehilfen des Chefkommandanten des Militärbezirks Petersburg aber zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden.

Lex Gädke.

Unbußfertige Betrachtungen eines Delinquenten.

Am 27. Dezember 1906 ist eine Kabinettsorder unterzeichnet worden, die eine Aenderung der ehrengerichtlichen Bestimmungen enthält und nach dem jubelnden Bekenntnis der reaktionären Presse dazu dienen soll, den Fall „Gädke“ aus der Welt zu schaffen. Erst am 5. Februar, dem Tage der Stichwahlen hat man für rätlich befunden, diese Kabinettsorder, die ein neues weites Uebergreifen der Kommandogewalt in die bürgerliche Rechtssphäre bedeutet, zu veröffentlichen. Ein kleines Vorspiel von dem, was die Regierung und besonders die Militärbehörden unter Liberalismus verstehen.

Ich werde die Leser nicht lange mit meiner persönlichen Angelegenheit belästigen, die ich mit derselben gleichmütigen Gelassenheit weiter verfolgen werde wie bisher. Diese neue Kabinettsorder ist ebenso ungültig wie die vom 2. Mai 1874, besonders aber untauglich, den „Fall Gädke“ zu erledigen. Eine staatsanwaltliche Zustellung des gegen mich ergangenen sogenannten „Ehren“spruches ist nach dem klaren Wortlaut sogar des letztinstanzlichen Urteils null und nichtig. Das Kammergericht hat bereits die Kabinettsorder vom 27. Februar 1904, die ausdrücklich die Uebersendung des Urteils an mich durch die Post befohlen hatte, nach dieser Richtung hin für ungültig erklärt. Der betreffende Satz des Urteils lautet: „Nach der ganz klaren und zwingenden Vorschrift der Verordnung kann die hier vorgesehene Form durch irgendeine andere, wie etwa die Uebersendung der Entscheidung durch die Post, nicht ersetzt werden.“ So das Kammergericht! Wie weit es auch immer dem Standpunkte des Militärkabinetts entgegengekommen ist, so wollte es doch dessen Willkür darin einschränken, daß es wenigstens an seine eigenen Bestimmungen gebunden bliebe. Für die Zustellung des gegen mich ergangenen sogenannten Ehrengerichtsurteils ist also lediglich der bisherige Wortlaut des § 60 der Verordnung vom 2. Mai 1874 maßgebend. Wenn man durch seine eigenen Fehler sich der Möglichkeit beraubt hat, die Zustellung jetzt noch auf diesem Wege bewirken zu können, so ist das sehr erfreulich und wird dem öffentlichen Ehrgefühl und der öffentlichen Sittlichkeit entsprechen. Sehr ruhige, sehr militärfromme und regierungsfreundliche Leute haben mir gegenüber ihrer Entrüstung darüber, daß die Militärbehörden den „Fall Gädke“ noch immer nicht zur Ruhe kommen ließen, in nicht wiederzugebenden Worten Ausdruck verliehen. Meine lieben und hochgeschätzten Freunde im Militärkabinett und im Kriegsministerium werden sich also schon gegenwärtig darüber klar sein, daß der „Fall Gädke“ noch einmal sämtliche Instanzen durchlaufen wird, wenn man wirklich den Versuch macht, mir das berühmte Urteil durch den Staatsanwalt zustellen zu lassen.

Es liegt mir daran, von den Lesern des „Berliner Tageblatts“, mit denen ich nun seit dreieinhalb Jahren verbunden bin, nicht mißverstanden zu werden. Niemand wird mir zutrauen, daß ich an dem ärmlichen Titel hänge. Ein Titel zumal, der jeden Augenblick ohne Richterspruch nach Willkür entzogen werden könnte, sobald der damit Begnadete das Mißfallen einiger mächtigen Persönlichkeiten erregt, würde im Publikum sehr bald kaum mehr Ansehen genießen als etwa ein Kotillonorden. Ich kann natürlich auch ohne ihn fertig werden. Hier aber handelt es sich um meine durch die Militärbehörden schwer beleidigte Ehre, um meine bürgerliche Unabhängigkeit und verfassungsmäßige Freiheit. Und da gibt es keine andere Möglichkeit als den Kampf bis aufs Messer. Für unseren heutigen Bureaukratismus freilich existiert der schöne ritterliche Spruch nicht mehr: „Ma vie au roi, l'honneur pour moi“.